



# Fraktion aktuell

Der Newsletter der SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

92 | 29.09.2023

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Mobilitätskonzept für unsere Innenstadt, das der Oberbürgermeister vor zehn Tagen der Öffentlichkeit präsentiert hat, sorgt für erhebliche Diskussionen in der Öffentlichkeit – auch über unsere Stadt hinaus. Wir begrüßen das Vorhaben, die Innenstadt in weiten Teilen vom Autoverkehr zu befreien. In einigen, zum Teil nicht unwesentlichen Punkten sehen wir allerdings noch Verbesserungsbedarf.

Eine interessante Lektüre und einen schönen Tag der Deutschen Einheit wünscht



Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

---

## Mobilitätskonzept für die Innenstadt

Vor zehn Tagen hat der Oberbürgermeister das [Mobilitätskonzept für die Innenstadt](#) vorgelegt, das seither für intensive Diskussionen sorgt. Insgesamt begrüßen wir dieses Konzept, da es zahlreiche Vorschläge aufnimmt, die wir bereits vor drei Jahren in unserer Ideenskizze „[Hannofuture City](#)“ vorgelegt hatten. Dazu gehören die Stärkung des Fußverkehrs, die Lenkung des Autoverkehrs über „Taschen“ oder „Stiche“ zu den Parkhäusern, die Entwicklung des sogenannten „Kulturdreiecks“ um Oper, Schauspielhaus und Künstlerhaus, die Umgestaltung des Bereichs Platz der Weltausstellung/Karmarschstraße zu einer Flaniermeile und das Zusammenführen von Einkaufsmeilen und Altstadt über die Schmiedestraße.

Eine Stadt für alle.



Auch wir verfolgen das Ziel, den Autoverkehr in der Innenstadt zu reduzieren. Zugleich muss die Erreichbarkeit der City gewährleistet bleiben, die Attraktivität der Innenstadt gesteigert und den Anforderungen an den Klimaschutz Genüge getan werden. Was wir heute in die Innenstadt investieren, investieren wir in die Zukunft unserer Stadt und unserer Region; denn die Innenstadt ist mehr als die Mitte Hannovers, sie ist das wirtschaftliche und kulturelle Zentrum der Region weit über unsere Stadt und ihr Umland hinaus.

Deshalb sind gerade bei der Entwicklung der Innenstadt und ihrer Anbindung die Interessen aller Menschen zu berücksichtigen – getreu unserem Motto „Eine Stadt für alle!“. Das bedeutet, dass alle Interessengruppen zusammenzubringen und am Mobilitätskonzept zu beteiligen sind, um dessen verschiedene Maßnahmen auf ihre Verhältnismäßigkeit zu überprüfen. So erwarten wir, dass Sozialverbände, Handwerks- und Handelskammern, City-Gemeinschaft und Anwohnende an der Festlegung der Einzelmaßnahmen und deren Ausgestaltung beteiligt werden. Auch müssen die Interessen der gesamten Stadt (Bevölkerung) wie auch der Menschen aus der Region berücksichtigt werden; schließlich ist die City keine Insel.

Wir werden deshalb dafür sorgen, dass derartige Beteiligungen für die einzelnen Bereiche durchgeführt werden. Wir wollen schlüssige Konzepte zur Steigerung der Aufenthaltsqualität in den unterschiedlichen Quartieren der Innenstadt. Wir wollen die Vorrangschaltung für den Öffentlichen Personennahverkehr ebenso sichern wie die Parkbereiche für die ansässige Wohnbevölkerung. Und wir wollen, dass der Lieferverkehr für Handel, Handwerk und Gewerbe, für Hotels und Gastronomie in der Innenstadt ebenso gesichert bleibt wie der Bring- und Abholverkehr zu den verschiedenen sozialen Einrichtungen, voran Arztpraxen und Medizinische Versorgungszentren. Schließlich ist die Finanzierung der verschiedenen Maßnahmen des Mobilitätskonzeptes sicherzustellen, ohne dadurch soziale, kulturelle oder wirtschaftliche Leistungen unserer Stadt einzuschränken.

Eine (Innen-)Stadt für alle zu schaffen, bedeutet für uns, allen den gleichen unbeschwernten Zugang zur Innenstadt zu schaffen und zugleich die Leistungsfähigkeit unserer Stadt insgesamt zu bewahren. Uns geht es um eine breite Beteiligung und Willensbildung bei diesem wichtigen Thema. Entsprechende Änderungsvorschläge werden wir in den nächsten Wochen erarbeiten.



*Visualisierung der jetzigen und der möglichen künftigen Verkehrssituation am Steintor. Nachdem dieser Bereich von Autoverkehr befreit sein wird, müssen hier die Trennung von Fuß- und Radverkehr die Vorrangschaltung für Stadtbahn und Busse gewährleistet werden.*

© LHH

## Aktuelle Stunde zum Wohnungsbau

Auf Antrag der Opposition hat der Rat gestern eine Aktuelle Stunde zum Thema „Krise im Wohnungsbau – Was kann Hannover gegen den Kollaps tun?“ durchgeführt.

Unser Fraktionsvorsitzender und baupolitischer Sprecher Lars Kelich hat dabei deutlich gemacht, dass die Schaffung neuer Wohnungen bereits seit vielen Jahren ein wichtiger Schwerpunkt unserer politischen Arbeit ist. So hat die Stadt auf unsere Initiative hin bereits im Jahr 2013 im Rahmen des Wohnkonzepts 2025 ein eigenes Wohnraumförderprogramm aufgelegt, das wir in den letzten Jahren immer wieder aufgestockt haben und das im letzten Jahr verlängert worden ist. Derzeit befindet sich die [Fortschreibung des Wohnkonzepts 2025](#) im Beratungsverfahren. Hierdurch sollen die städtischen Initiativen zur Schaffung neuer Wohnungen weiter vorangetrieben werden.

Auch haben wir die städtische Tochtergesellschaft „hanova Wohnen“ mit zusätzlichem Eigenkapital in Millionenhöhe ausgestattet, damit sie den Wohnungsbau weiter vorantreiben kann. Neben der Förderung des Wohnungsbaus und der Ausweisung neuer Wohnbauflächen haben wir auch auf der Ebene der Ordnungspolitik durch die Änderung der Stellplatzsatzung für eine Kostenentlastung der Bauträger gesorgt. Die von uns in Auftrag gegebene Zweckentfremdungssatzung wird dafür sorgen, dass Wohnungen auch als solche genutzt werden.

Wir nutzen also alle sinnvollen Instrumente, die der Kommune zur Verfügung stehen, um die Situation auf dem Wohnungsmarkt zu verbessern. Zudem machte Lars Kelich deutlich, dass die SPD sich auf allen Ebenen für bezahlbares Wohnen einsetze, sei es durch den Wohnungsbaugipfel am Anfang der Woche auf Bundesebene oder durch die Schaffung einer Landeswohnungsbaugesellschaft in Niedersachsen.

*Erfolgsgeschichte unserer Baupolitik:  
Baufertigstellungen nach Segmenten. © LHH; Quelle: Landesamt für Statistik.*



## Nachtangebote für Wohnungslose im Winter

Im Winter werden die Herausforderungen für wohnungslose Menschen noch gravierender. Neben den ohnehin harten Bedingungen des Lebens auf der Straße und den damit verbundenen Gefahren, setzen die eisigen Temperaturen den Betroffenen zusätzlich zu.

Glücklicherweise gibt es zahlreiche Hilfsorganisationen, Vereine und die Kirchen, die sich bemühen, den Menschen auf der Straße beizustehen. Besonders hervorzuheben sind dabei das „Café Mensch“ der Obdachlosenhilfe Hannover und das Angebot „Nachtlicht“ des Diakonischen Werks. Diese beiden Angebote werden von den Betroffenen sehr gut angenommen.

Dank eines unserer [Haushaltsanträge](#) und einer verwaltungsinternen Umschichtung von Geldern konnte nun erfreulicherweise die [Fortführung dieser Angebote](#) für das kommende Jahr mit Mitteln in Höhe von 140.000 Euro gesichert werden. Der Sozialausschuss hat am 18. September den entsprechenden Beschluss einstimmig gefasst. Es ist geplant, den Posten dauerhaft in den Haushalt aufzunehmen.



Social Media-Post vom 18.09.2023

## Raschplatz-Open-Air auch im Winter

Nachdem im Sommer verschiedene Freizeit-, vor allem Sportangebote auf dem Raschplatz sehr gut angenommen worden sind, soll dieses Angebot als [Winter-Open-Air](#) auch in den nächsten Monaten fortgeführt werden. So soll dort unter anderem eine Kunsteisbahn entstehen, die auch für Schulkinder offenstehen soll. Vor allem aber sollen die sozialen Angebote, insbesondere für wohnungslose und suchtkranke Menschen, am Raschplatz und in dessen Umfeld gesichert, verbessert und ausgebaut werden.

Dies begrüßen wir ebenso wie die Fortführung des Raschplatz-Open-Airs. Den Wunsch nach einem Ausbau der sozialen Angebote haben wir in einem [Änderungsantrag](#) unterstrichen, der gestern in der Ratsversammlung zusammen mit der Verwaltungsvorlage verabschiedet wurde.

## Zukunftsplan Handwerk

Das Handwerk ist ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor, auch in unserer Stadt. Gerade angesichts der massiven Herausforderungen in den Bereichen der Stadtentwicklung, voran des Wohnungsbaus und der Quartiersentwicklung, bei der Umsetzung von Klimaschutz und Nachhaltigkeit muss das Handwerk in die Planungen für unsere Stadt durch unsere Stadt(verwaltung) frühzeitig und umfassend eingebunden werden – ist es doch zu einem erheblichen Teil davon betroffen und vor allem an der Umsetzung beteiligt.

Aus diesem Grunde wollen wir die Verwaltung beauftragen, gemeinsam mit der Handwerkskammer und der Kreishandwerkerschaft einen Zukunftsplan Handwerk zu entwickeln, der das Leitbild einer

funktionsgemischten Stadt und Konzepte zur integrierten Quartiersentwicklung aufnimmt. Berücksichtigt werden sollen dabei auch die Einbindung des Handwerks in die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, in die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und Nachhaltigkeit, etwa durch schonenden Ressourcenverbrauch. Sicherergestellt werden sollen dabei die notwendigen Wirtschaftsverkehre, die Entwicklung der E-Ladeinfrastruktur, die Wirtschaftsförderung gerade für mittelständische Strukturen, die Schaffung digitaler Verwaltungsangebote und eine intensive Kooperation zwischen unserer Stadt, ihren Beteiligungsunternehmen und dem Handwerk.

Den Antrag, einen solchen „Zukunftsplan Handwerk“ nach dem Vorbild ähnlicher Masterpläne anderer Großstädte zu entwickeln und als Vereinbarung zur Unterzeichnung zu bringen, haben wir vor zehn Tagen in unserer Fraktion beschlossen und unserem grünen Koalitionspartner zur Beratung vorgelegt.

---

## Pop-up-Stores zur Berufsausbildung in der Innenstadt

Die Nutzung von Geschäftsflächen und Unterstützung bei der Berufsbildung – beides könnte in der Innenstadt in einem neuen Format zusammengeführt werden. Deshalb haben wir, ausgehend von einer Idee der CDU, die Verwaltung beauftragt, gemeinsam mit der Handwerkskammer, der Industrie- und Handelskammer, dem Dehoga und anderen relevanten Akteuren der Berufsbildung einen [Pop-up-Store zur Berufsorientierung](#) in der Innenstadt einzurichten. Denkbar wäre dafür zunächst der „aufhof“ im früheren Kaufhof an der Schmiedestraße, möglich wären aber auch „wandernde“ Stores durch leerstehende Geschäfte in der City.

Nachdem der Antrag den Wirtschafts- und den Finanzausschuss passiert hatten, haben wir diesen Antrag letzte Woche einstimmig im Verwaltungsausschuss beschlossen.

---

## Wie weiter mit dem Förderprogramm „Gemeinsam durch die Krise“?

Vor einem Jahr hatten wir das Förderprogramm „[Gemeinsam durch die Krise](#)“ beschlossen, das die Folgen des Ukraine-Krieges für Vereine und Verbände abmildern sollte. Zu dem Paket gehörten Effizienz- und Energiesparberatungen, Partnerschaften mit energcity bei der Planung und Installation von Photovoltaikanlagen, die Bereitstellung von Liquiditätshilfen und ein Nothilfepotf für Vereine, die in ihrer Existenz bedroht waren. Hierfür haben wir 3,5 Millionen Euro bereitgestellt.

**GEMEINSAM DURCH DEN WINTER**  
Kommunales Entlastungspaket  
für Vereine und Einrichtungen



- 1 Spezifische Effizienz- und Energieeinsparberatung
- 2 Ausbau von Photovoltaik
- 3 Liquiditätshilfen
- 4 Nothilfepotf zur Unterstützung existenzbedrohter Vereine und Einrichtungen
- 5 Regelmäßige Krisenkonferenzen mit den betroffenen Vereinen

Erfreulicherweise musste dieser Nothilfepotf nicht in Anspruch genommen werden. Aus diesem Grunde soll das Geld nun zur Hälfte in den allgemeinen Haushalt zurückfließen, um das aktuelle Defizit zu reduzieren,

*Überblick über die Maßnahmen des Förderprogramms „Gemeinsam durch die Krise“. © LHH*

während die andere Hälfte in unterschiedlichen Teilen verschiedenen Bereichen zufließen soll. So sollen 800.000 Euro als Inflationsausgleich Zuwendungsempfängern zur Verfügung gestellt werden, um insbesondere inflationsbedingte Mehrkosten beim Personal aufzufangen. 200.000 Euro sollen Zuwendungsempfängern im Bereich Soziales/Suchthilfe zugutekommen, und 120.000 Euro sollen zusätzliche Kosten bei der Ferienbetreuung im Bereich Jugendhilfe decken. 250.000 Euro erhalten proKlima und die Klimaschutzagentur für zusätzliche Energieberatungen von Privathaushalten und Unternehmen, und 550.000 Euro gehen an den Sport unter anderem für energetische Sanierungen. Auch für Akteure im Bereich Kultur werden als Ausgleich allgemeiner Kostensteigerungen 500.000 Euro bereitgestellt.

All das leistet einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der sozialen und kulturellen Infrastruktur in unserer Stadt. Deshalb haben wir diesen [Umgang mit den Mitteln](#) aus dem Förderprogramm „Druch die Krise“ gestern im Rat einstimmig beschlossen.

## „Auf dem Weg zur Inklusiven Stadt“

Erstmals wurde im Sozialausschuss am 18. September seit 2015 der [Inklusionsbericht](#) der Verwaltung vorgestellt, der über den inklusiven Prozess in Hannover „Auf dem Weg zur Inklusiven Stadt“ informiert.

Da Inklusion ein Querschnittsthema ist, arbeiten viele verschiedene Bereiche an der Umsetzung. Besonders in den kommunalen Themenfeldern Wohnen, Barrierefreies Umfeld in Öffentlichen Gebäuden und öffentlichen Freiflächen, Mobilität und Beratung, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit werden immer neue Wege gesucht, um die Teilhabe von Menschen mit verschiedensten Einschränkungen zu ermöglichen. So werden beispielsweise in öffentlichen Gebäude Rampen eingebaut, Hinweise in Brailleschrift angebracht und die Akustik vor allem in Kinder- und anderen Tagesstätten und Schulen verbessert. Im Bereich Beratung, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit werden zunehmend Dolmetscher\*innen für Gebärdensprache eingesetzt und Informationen in Leichter und Einfacher Sprache zur Verfügung gestellt.



*Titelblatt des Inklusionsberichtes.*  
© LHH

Der Schwerpunkt des aktuellen Inklusionsberichtes liegt auf dem Thema Entwicklungen im Bereich rechtskreisübergreifende Poolmodelle und Ausbau von Qualitätsstandards im Bereich Schulassistenten. Wegen des steigenden Bedarfes stößt das bisher praktizierte 1:1-Modell (eine Betreuung für ein Kind mit Behinderungen) an seine Grenzen. Daher gibt es nun Überlegungen, wie die Versorgung mit Schulassistenten anhand eines Poolmodells effizienter gestaltet werden kann. Zukünftig wird der Inklusionsbericht alle drei Jahre erscheinen.

Blick auf die IGS Roderbruch  
von der Sporthalle aus.

## 50 Jahre IGS Roderbruch

Diese Schule ist ein Solitär in Hannovers Schullandschaft. Nicht allein baulich fällt der „gelbe Klotz“ auf, auch pädagogisch ist die Integrierte Gesamtschule Roderbruch ein Sonderfall: Hier ist das Lernen von der Grundschule bis zum Abitur möglich. Zudem gehören zu dem Schulkomplex zwischen Osterfelddamm und Rotekreuzstraße ein Kindergarten, ein Jugendzentrum, eine Stadtteilbibliothek und der Kulturtreff des Quartiers. Mit nahezu 2.000 Schulkindern ist sie die größte allgemeinbildende Schule unserer Stadt.



In dieser Woche feierte die IGS Roderbruch ihr 50-jähriges Bestehen als zweitälteste Integrierte Gesamtschule – nach der IGS Linden – in Hannover. Höhepunkt war der Festakt vorgestern, zu dem einige Prominenz erschien. Dabei wurde daran erinnert, dass die IGS nicht nur wegen ihres auffälligen Baukörpers ein Solitär in Hannovers, ja Niedersachsens Schullandschaft ist. Bereits in der Planung wurden auch baulich die Voraussetzungen dafür geschaffen, damit auch Kinder mit körperlichen Behinderungen diese Schule besuchen können. Damit war die IGS Roderbruch die erste inklusive Schule in Niedersachsen, und nach wie vor ist sie die einzige Schule Niedersachsens in öffentlicher Trägerschaft, die ein durchgängiges Lehrangebot von der 1. bis zur 13. Klasse vorhält (bezieht man die Kita ein, sogar von der Vorschule an). Auch wenn die Schulkinder aus dem gesamten Stadtgebiet kommen, kann sie durch die Einbindung verschiedener sozialer und kultureller Einrichtungen in den Schulbau als eine der ersten Stadtteilschulen überhaupt gelten.



*„Großer Bahnhof“ zum Jubiläum der IGS Roderbruch: Schulleiter Matthias Aschern, der bildungspolitische Sprecher unserer Landtagsfraktion Stefan Politze, Kultusministerin Julia Willie Hamburg, Oberbürgermeister Belit Onay, unsere schulpolitische Sprecherin Claudia Bax, Bildungsdezernentin Rita Rzycki, unsere Ratsfrau und Bezirksbürgermeisterin für Buchholz-Kleefeld Belgin Zaman, Ratsherr René Rosenzweig (Grüne), unser Ratsherr Peter Knüppel, Ratsherr Markus Metell (Grüne), Ratsherr Joachim Albrecht (CDU) und Ratsfrau Eva Vögtle (Grüne).*

## Verabschiedung von Rita Rzyski

Am 31. Oktober endet die Amtszeit unserer Dezernentin für Jugend und Familie, Schule und Bildung Rita Rzyski. Schon in der vergangenen Woche haben wir sie in unserer Fraktion verabschiedet. Durch die Zusammenführung von Jugend- und Familienpolitik mit der Bildungspolitik führte Rita Rzyski ein Dezernat, das es in dieser Konstellation vorher in unserer Stadt nicht gegeben hatte. Sie tat dies mit Bravour, obwohl einige schwierige Aufgaben vor ihr lagen.

Dazu gehörte vor allem die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz, der Rückkehr zum Abitur nach 13 Jahren in Niedersachsen (zum sogenannten „G9“, dem Gymnasium über neun Schuljahre) und der wachsenden Anwahl von Gymnasialschulplätzen. Dies führte zur Notwendigkeit ein 18. Gymnasium in unserer Stadt zu gründen, dessen Bau in Kürze beginnen soll. Zugleich war der Bestand an Integrierten Gesamtschulen auszuweiten, wofür in wenigen Jahren Hannovers zwölfte IGS errichtet werden wird. Eine „Dauerbaustelle“ waren zudem die umfangreichen Sanierungs- und Neubaußnahmen an etlichen Schulen, die zuletzt zur Eröffnung des Neubaus für das Kaiser-Wilhelm-Ratsgymnasium führten.

Zu einem „Superdezernat“ wuchs Rzyskis Aufgabenbereich, als sie für zwei Jahre die Zuständigkeit für weitere Fachbereiche, darunter Personal und Organisation sowie Feuerwehr, von dem suspendierten Personaldezernenten übernahm. Auch diese zusätzliche Belastung bewältigte Rita Rzyski in bewundernswerter Weise.

Unser Vorsitzender Lars Kelich dankte ihr im Namen der Fraktion für die gute Arbeit und dafür, dass sie für uns eine verlässliche (Ansprech-)Partnerin war, und gab ihr für den Ruhestand die besten Wünsche auf den Weg. – Das Dezernat wird in der bisherigen Form nicht fortbestehen, sondern aufgeteilt und mit Bereichen des Kultur- und Sportdezernates zusammengeführt werden. Das Dezernat für Jugend und Familie wird zum 1. November von Susanne Blasberg-Bense übernommen (und fünf Monate später um den Sportbereich ergänzt werden) und das Schul- und Kulturdezernat ab dem 1. März 2024 von Eva Bender geführt werden.



*Herzliche Verabschiedung von Rita Rzyski durch unseren Fraktionsvorsitzenden Lars Kelich*

*Eine Stadt für alle.*

### Impressum:

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover  
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P: Dr. Marc-Dietrich Ohse,  
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de

Fotos: unsplash.com/@error420, SPD-Ratsfraktion; Logo Titelseite © DGB

Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten übernehmen wir keine Verantwortung.

